

ZEITZEICHEN

Viel los



Hans-Ulrich Brandt
über Personal und Politik

Es sind ermüdende Sondierungs- und Koalitionsgespräche, und noch immer hat Deutschland keine neue Bundesregierung. Und doch schwebt über dieser ganzen institutionalisierten politischen Langeweile eine gewisse Spannung. Der Grund: Mögen auch die Koalitionspartner erneut Union und SPD heißen, ihr jeweiliges Personaltableau ist gehörig ins Rutschen geraten.

Fangen wir bei den Sozialdemokraten an. Geradezu verschwenderisch gehen sie mit ihren Vorsitzenden um. Willy Brandt wurde noch elf Mal im Amt bestätigt, Gerhard Schröder oder Sigmar Gabriel schafften dies nur vier, beziehungsweise drei Mal. Von den anderen immerhin zehn Vorsitzenden nach Brandt ganz zu schweigen. Martin Schulz ist Nummer 15. Knapp elf Monate führt er die SPD und ist schon eine tragische Figur. Mag die Zahl der Mitglieder unter ihm auch wieder steigen, die prozentuale Schrumpfkur der SPD geht weiter. Schulz ist ein Vorsitzender ohne Fortune, ohne Führungsstärke und bald auch ohne Rückhalt. Die Parteispitze unterstützt ihn nur so lange, bis die erneute Groko unter Dach und Fach ist. Dann wird jeder für sich um den besten Posten kämpfen, am allermeisten Schulz. Als Noch-Parteichef hat er den ersten Zugriff. Anscheinend will er Außenminister und Vizekanzler im Kabinett Merkel werden. Ist das die süße Rache an Sigmar Gabriel, der ihm vorgemacht hat, wie man vom unbeliebten SPD-Vorsitzenden und unbeachteten Wirtschaftsminister zum beliebtesten Politiker des Landes wird?

Auf alle Fälle will Schulz vermeiden, als Grüß-August zu enden. Diese Rolle droht ihm, wenn er nur geduldeter Parteichef bliebe. Die immer unangreifbarere Andrea Nahles jedenfalls hat schon einmal klar gemacht, dass sie sich den Fraktionsvorsitz nicht werde nehmen lassen. Es wird eng für Schulz, zumal ein anderer Genosse immer wieder in Position gebracht wird: Olaf Scholz, Bürgermeister in Hamburg. Ihn könnten sich einige in der SPD als Finanzminister und Vizekanzler vorstellen. Käme es so, würde sich die Koalitionsarithmetik zwischen Union und SPD deutlich verschieben. Das Außenamt fiele dann nämlich an die CDU.

Personell auf alle Fälle also kein Weiter-so bei der neuen Groko. Das gilt auch für die Union. In der CSU hat der Machtwechsel bereits stattgefunden, bei der CDU stehen die Zeichen auf Kanzlerdemütigung. Horst Seehofer wird die Staatskanzlei in München Markus Söder überlassen und als Minister in Berlin sein politisches Gnadenbrot fristen. Und Angela Merkel? Auch für sie stehen die Zeichen auf Abschied. Längst ist sie nicht mehr die unangefochtene CDU-Chefin, nicht nur der ehrgeizige Jens Spahn kratzt an ihrem Sockel. Mehr Chancen, zur Hälfte der neuen Legislatur den Parteivorsitz zu übernehmen, hat aber die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer. Sie gilt als Merkel-Vertraute und könnte sich bis dahin im neuen Kabinett die nötige bundespolitische Reife holen. Viel los also auf dem bundespolitischen Transfermarkt: Aufsteiger, Absteiger – alles dabei. Wer spricht da noch von Langeweile. Bericht Seite 4

hans-ulrich.brandt@weser-kurier.de

KURIER AM SONNTAG

unabhängig und überparteilich
siehe Ausgabe Ihrer Tageszeitung

VERLAG UND DRUCK:
Bremer Tageszeitungen AG
Briefanschrift: 28189 Bremen
Hausanschrift: Martinstraße 43, 28195 Bremen.

Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig

Für den Anzeigenteil verantwortlich:
David Koopmann, Tanja Bittner

Der Abdruck einzelner Artikel, auch auszugsweise, ist unzulässig; ausgenommen sind die durch § 49 UrhG geregelten Fälle. Für unverlangte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Die Zustellung der Sonntagsausgabe erfolgt im Rahmen des Zeitungsabonnements. Bei Zustellung per Post erfolgt die Lieferung zusammen mit der nächsten Werktagsausgabe. Abonnementskündigung ist nur schriftlich bis zum 15. eines Monats zum Monatsende möglich. Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages, bei Streik oder höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch.

Anzeigenpreis und -bedingungen nach Preisliste Nr. 72. Keine Gewähr für fernmündlich aufgegebene Anzeigen. Gerichtsstand Bremen.

Verlag Telefon: 0421/36710
Telefax: 0421/36711000
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de

Anzeigenannahme Telefon: 0421/36716655
Kleinanzeigen Telefax: 0421/36711010
Anzeigen Telefax: 0421/36711100
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de

Abonnenten-Service Telefon: 0421/36716677
(9 bis 12 Uhr) Telefax: 0421/36711020

Nachliefer-Service Telefon: 0800/3671222*
(8 bis 11 Uhr) (*Kostenlos aus dem Festnetz)

E-Mail: abonmentenservice@weser-kurier.de



Til Mette exklusiv für den KURIER AM SONNTAG

Ein neuer Feiertag braucht auch Inhalte



Benjamin Lassiwe
über den Reformationstag

Die Zeichen stehen gut für den Reformationstag: Folgt man der Empfehlung der Konferenz Norddeutschland, also der Vertretung der Länder Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein im Bundesrat, soll es für Norddeutschland einen weiteren gesetzlichen Feiertag geben – und zwar am 31. Oktober. Was zunächst einmal etwas mehr Gerechtigkeit bedeutet: Denn in den katholischen Ländern Süddeutschlands haben die Menschen deutlich öfter frei als in Bremen und umzu. Während es hier neun gesetzliche Feiertage gibt, sind es in Bayern bis zu dreizehn – dort ist auch am Dreikönigstag, an Fronleichnam, Allerheiligen und in Teilen des Landes sogar an Mariä Himmelfahrt schul- und arbeitsfrei. In Norddeutschland gibt es deswegen in der Tat handfeste Gründe dafür, einen weiteren Feiertag einzuführen.

Freilich darf es am Reformationstag künftig nicht so laufen, wie es gerade in Berlin und Brandenburg geschieht: Dort ist die Situation so, dass im mehrheitlich von Konfessionslosen bewohnten Brandenburg der Feiertag zwar existiert, aber so gut wie gar nicht mit Leben gefüllt ist. Stattdessen sind die Straßen der Hauptstadt, wo der Feiertag nicht begangen wird, am Reformationstag regelmäßig gut gefüllt – weil die Nachbarn aus Brandenburg, ja sogar aus Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt zum Einkaufen kommen. Will man sich also für einen zusätzlichen Feiertag entscheiden, sollte man sich rechtzeitig Gedanken darüber machen, was man damit

eigentlich will. Nur für Gartenarbeit oder den Kurzurlaub einen neuen Feiertag zu schaffen, ist bei Lichte betrachtet etwas zu wenig. Das gilt nicht nur für den Reformationstag, sondern auch für andere Daten, die im Verlauf der Diskussion genannt wurden: Ein Tag des Grundgesetzes ist zwar prinzipiell eine gute Idee – aber wie soll er, jenseits einiger, weniger offizieller Veranstaltungen, auf denen sich Politiker und Funktionäre gegenseitig beweihräuchern, eigentlich begangen werden? Wie feiert ihn der normale Bürger, abgesehen von einem Arbeitseinsatz zum Rasenmähen und Heckeschneiden?

Dann doch lieber ein kirchlicher Feiertag: Der Andrang, der bundesweit

Es gibt handfeste Gründe dafür, einen weiteren Feiertag einzuführen.

bei den Gottesdiensten am 31. Oktober 2017 spürbar war, zeigt doch, dass dieses Datum ein gewisses Potenzial hat. Wenn man es zu nutzen weiß: Auch in Bremen ist deswegen jetzt vor allem die Evangelische Kirche gefragt, diesen Tag zu profilieren. Natürlich gehören große Festgottesdienste, wo man aus voller Kehle Martin Luthers „Ein feste Burg ist unser Gott“ singen kann, in jeder Kirchengemeinde dazu. Doch auch Gemeindefeste oder Themenabende rund um Reform- und Erneuerungsbewegungen in aller Welt wären denkbar, und mit Wittenberger Lutherbrot und Leipziger Reformationsbrötchen gäbe es auch kulinarische Spezialitäten zum Fest. Eine evangelische Kirchengemeinde, die den 31. Oktober

nach Einführung des staatlichen Feiertages nicht begeht, darf es nach Inkrafttreten der Neuordnung jedenfalls nicht mehr geben. Das sind die evangelischen Christen dann der Stadtgesellschaft schuldig.

Auch für Menschen ohne religiöse Prägung gäbe es Inhalte, die für den Reformationstag sprechen. Schließlich ist im vergangenen Jahr deutlich geworden, dass die Reformation nicht nur eine binnenkirchliche Erneuerungsbewegung des 16. Jahrhunderts war. Wer immer noch nicht mitbekommen hat, wie sich die moderne Gesellschaft Deutschlands dank der Impulse der Reformationszeit herausgebildet hat, muss das vergangene Jahr auf einem anderen Planeten verbracht haben. Das gilt besonders für die, die nun meinen, Luthers Antisemitismus würde einen gesetzlichen Feiertag am Reformationstag verhindern. Andersherum wird ein Schuh daraus: Wann, wenn nicht im Festjahr des 500. Reformationsjubiläums 2017, hat man sich so intensiv mit diesem Charakterzug des Reformators auseinandergesetzt? Würde der Tag jedes Jahr begangen, wäre auch regelmäßig Gelegenheit dazu, dieses Thema in Erinnerung zu rufen – ansonsten besteht in der Tat die Gefahr, dass die Errungenschaften des vergangenen Jahres wieder in Vergessenheit geraten.

Vielleicht gelingt es ja dank des Reformationsfestes auch, eine der unangenehmsten kulturellen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte wieder etwas zurückzudrängen: Das völlig kommerzialisierte amerikanische Halloween, bei dem Inhalte jenseits des Verkleidens und Konsumierens von Süßigkeiten nicht erkennbar sind, könnte so wieder etwas stärker aus dem öffentlichen Leben verschwinden. Was sicher nicht von Schaden wäre.

politik@weser-kurier.de

The Guardian/London

über Theresa May in China: „Die Asymmetrie dieser Beziehung war nie zuvor derartig krass. Auf der einen Seite Xi Jinping, der seit Jahrzehnten mächtigste Führer einer immer stärker und selbstbewusster werdenden Nation. Auf der anderen Seite Theresa May, eine entkräftete Gestalt, die eine Nation repräsentiert, die durch eigene Torheit geschwächt und isoliert ist. Den EU-Mitgliedern ist es nicht gelungen, so effektiv zusammenzuarbeiten, wie dies im Umgang mit China möglich gewesen wäre. Zu oft waren sie versucht, den Nachbarn zu verraten, um sich kurzfristige Vorteile zu verschaffen. Dennoch ist Großbritannien auf sich allein gestellt schwächer und für China weniger nützlich, wenn es nicht länger ein Eingangstor zur EU ist. Es war zwar klug von May, in Peking nicht als Bittsteller aufzutreten. Doch im Zeitalter des Brexits sehen wir nicht aus wie ein ebenbürtiger Tischnachbar, sondern wie die Speise auf dem Teller.“

Corriere della Sera/Mailand

über Erdogan in Rom: „Wir würden einen Fehler begehen, wenn wir den Besucher nicht daran erinnern, dass insbesondere Italien einen Grund dafür hat, die autoritäre Wendung seiner Regierung zu bedauern. Viele Jahre haben wir an die demokratische Entwicklung der Türkei geglaubt. Wir haben uns und unseren Partnern in Europa gesagt, dass der neue Erdogan anders ist als der islamistische und rebellische Militante aus jungen Jahren. Heute sind wir gezwungen festzustellen, dass Erdogan unsere Erwartungen und Hoffnungen verraten hat.“

Die Presse/Wien

über die Große Koalition: „Was da in Berlin an den Start geht, hat sich weder Angela Merkel noch Deutschland verdient. Wie faul viele der mühseligen Kompromisse sind, lässt sich an einem peinlichen Phänomen ablesen: Nach jeder Einigung klingt die Interpretation desselben von Vertretern der SPD und der CDU konträr. Ein großer Wurf kann das nicht werden. Die großkoalitionäre Verösterreichung Deutschlands schreit voran. Damit werden automatisch die Wahlchancen der Rechts- und Linkspopulisten besser.“

Der eigentliche Skandal: 120 Millionen Tote durchs Auto

Franz Alt
über die Diesel-Affäre

Seltsames Empörungsritual! Seltsamer homo sapiens! Riesige Aufregung wegen zehn Affen und 25 Menschen als Versuchs-Karmickel. Aber so gut wie keine Aufregung über 120 Millionen Tote weltweit im Autoverkehr nach 1945. 120 Millionen Tote! Und jedes Jahr kommen global drei Millionen Verkehrstote dazu. Doch wo bleibt der Aufschrei? Wo das Entsetzen? Ein Skandalchen wird aufgeblasen, um vom eigentlichen Skandal abzulenken: Regierungen entschuldigen sich, Autokonzerne geloben Besserung und reden von Ethik, Autofahrer geben sich betroffen. Die Empörung kennt keine Grenzen: „unentschuldig“, „widerlich“,

„abscheulich“ ist jetzt zu hören. Dabei sind 120 Millionen Auto-Tote auf den Straßen zweimal so viele wie alle Kriegstoten des Zweiten Weltkriegs.

Die jetzt bekannt gewordenen „Experimente“ der Autoindustrie sind überflüssig und skandalös zugleich, denn sie sollten dem Image der Autoindustrie dienen. Die Europäische Union sagt schon lange, dass die nicht eingehaltenen Dioxid-Grenzwerte jedes Jahr 11 000 EU-Bürgern das Leben kostet, davon etwa 4000 Bundesbürgern in Deutschland. Doch welcher Bürgermeister, welcher Verkehrsminister, welcher Autokonzern hat sich jemals dafür entschuldigt? VW, Daimler und BMW wollen mit sauberen Experimenten im Labor für ihre dreckigen Produkte werben, damit diese nicht umgerüstet werden müssen. Und die Politik muss sich fragen lassen, was Grenzwerte eigentlich sollen, wenn sie nicht wirklich überprüft

und eingehalten werden. Außerdem verhindert die Bundesregierung mit allen Mitteln die einzige Maßnahme, die wirklich helfen könnte: Ein Fahrverbot der dreckigsten Diesel und der forcierte Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Im Grundgesetz wurde die Todesstrafe nach 1945 abgeschafft, aber auf unseren Straßen wurde und wird sie ungehindert praktiziert. Ende Februar hat das Bundesverwaltungsgericht als letzte Instanz die Chance, Fahrverbote gegen das alltägliche Töten zu erlauben. Nur dann wird die deutsche Auto-Lobby ihre bisherige Taktik und Strategie ändern: die Folgen ihres Tuns zu verleugnen, zu lügen und erfolgreich zu verdrängen. Und nur dann wird die Lebensqualität in Deutschland wieder steigen. Doch noch scheut die hiesige Autoindustrie vor keiner Lüge zurück. Vor Kurzem wurde noch allen Ernstes behauptet, „dass ein moderner Diesel in vielen

Situationen sozusagen die Luft reinigt“. Sozusagen ein „Clean Diesel“ mit Abgasen auf homöopathischem Niveau.

Doch die Bundesregierung tut nichts gegen dieses Verbrechen. Ob die nächste Groko, über die gerade verhandelt wird, an diesem eigentlichen Skandal etwas ändert? Dann hätte sogar das aktuelle Skandalchen noch einen Sinn gehabt!



Unser Gastautor
ist Politikwissenschaftler,
Theologe, Journalist und Best-
sellerautor. Im vergangenen Jahr
hat der 79-Jährige das Buch
„Wenn Leben gelingt: Eine An-
leitung zum Glückseligkeit“
veröffentlicht.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.